

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
**des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und
Arbeitsförderung**

am Mittwoch, **18.01.2017**, 17:18 Uhr - 20:52 Uhr,
Hauptausschusszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion:

Gaby Comos-Aldejohann, Richard-Michael Halberstadt, Jens Christian Heinemann (bis 20:50 Uhr), Babette Lichtenstein-van Lengerich, Christel Loschelder, Karin Reismann, Peter Wolfgarten,

von der SPD-Fraktion:

Doris Feldmann, Elke Haves, Thomas Kollmann, Meik Tafelski, Maria Winkel,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL:

Otto Reiners, Sylvia Rietenberg, Udo Schröder-Hörster, Harald Wölter,

von der FDP-Fraktion:

Claudia Grönefeld (bis 20:28 Uhr),

von der Fraktion DIE LINKE.:

Martin Scholz (bis 19:45 Uhr),

auf Vorschlag der Ratsgruppe Piraten/ÖDP:

Joachim Bruns,

Sachkundige Einwohner/innen:

Yildirim Eroglu (bis 19:45 Uhr), Hartmut Kraul, Gudrun Sturm (ab 17:33 Uhr), Arnold Voskamp,

von der Verwaltung:

Dagmar Arnkens-Homann, Ralf Bierstedt, Dr. Annette Siemer-Eikermann, Louisa Janning, Monika Jürgensmeier, Heinz Lembeck, Florian Meyer, Dr. Norbert Schulze Kalthoff, Christa Ruten, Frank Treutler, Cornelia Wilkens, Petra Woldt,

für die Schriftführung:

Daniela Stemmer,

Es fehlte/n:

Otmар Knüvener, Elisabeth Wibben (beide waren abgemeldet)

nichtöffentlicher Sitzungsteil Keiner**Tagesordnung****Öffentliche Sitzung**

- | | | |
|---------------------------|------------|---|
| | 1. | Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. | Festsetzung der Tagesordnung |
| | 3. | Eingänge und Mitteilungen |
| | 3.1. | Eingänge |
| | 3.2. | Mitteilungen |
| <u>V/0025/2017</u>
IV | 4. | "was geht!"
Modellprojekt mit der Walter-Blüchert-Stiftung |
| <u>V/0979/2016</u>
III | 5. | Fortschreibung der Kleinräumigen Bevölkerungs-
prognose (KBP) für den Zeitraum 2015 - 2025:
Zentrale Ergebnisse |
| <u>V/1002/2016</u>
V | 6. | Sozialmonitoring, Konzept und Umsetzung |
| <u>V/0908/2016</u>
V | 7. | Masterplan altengerechte, inklusive Quartiere zur
Versorgungssicherheit von Menschen mit Pflege-
und Unterstützungsbedarf
Einbringung |
| <u>V/1029/2016</u>
V | 8. | Entwicklungen und Herausforderungen im Bereich
der Wohnungslosenhilfe |
| <u>V/1052/2016</u>
V | 9. | Handlungskonzept "Geflüchtete Menschen in
Münster"
Einbringung |
| <u>V/0995/2016</u>
V | 10. | Personalbedarf für die Betreuung von Geflüchteten
im Jobcenter der Stadt Münster |

- | | | |
|--------------------------|-----|---|
| <u>V/0998/2016</u>
V | 11. | Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenters der Stadt Münster 2017 |
| <u>V/1123/2016</u>
V | 12. | Basisinformationen Jobcenter |
| <u>V/0770/2016</u>
II | 13. | Antrag der SPD-Fraktion an den Rat Nr. A-R/0029/2016 sowie Anregung nach § 24 GO NRW - Nr. 2016-00085 Suchtprävention stärken, Maßnahmen bei pathologischem Glücksspiel unterstützen, Einführung einer Wettbürosteuer im Stadtgebiet Münster prüfen. |
| | 14. | Jahresprogramm 2017 des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung |
| | 15. | Verschiedenes |

Herr Kollmann eröffnete um 17:18 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung fest.

Punkt 1 der Tagesordnung	Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder
---------------------------------	--

Zu verpflichtende Mitglieder waren nicht anwesend.

Punkt 2 der Tagesordnung	Festsetzung der Tagesordnung
---------------------------------	-------------------------------------

Frau Winkel beantragte, die unter TOP 4 aufgeführte Vorlage V/0025/2017 „was geht!“ Modellprojekt mit der Walter-Blüchert-Stiftung ohne Beschlussfassung zu schieben.

Frau Winkel beantragte außerdem, die unter TOP 9 aufgeführte Vorlage V/1052/2016 Handlungskonzept "Geflüchtete Menschen in Münster" in die Beratung einzubringen und in der nächsten Sitzung abschließend zu beraten.

Für die unter TOP 6 aufgeführte Vorlage V/1002/2016 Sozialmonitoring, Konzept und Umsetzung beantrage Herr Reiners, die Vorlage ebenfalls einzubringen und erst in der nächsten Sitzung abschließend zu beraten. Herr Scholz erklärte daraufhin, dass die Fraktion DIE LINKE. ihren Antrag zur Vorlage V/1002/2016 ebenfalls erst in der nächsten Sitzung stellen werde.

Herr Wölter beantragte, die unter TOP 7 aufgeführte Vorlage V/0908/2016 Masterplan altengerechte, inklusive Quartiere zur Versorgungssicherheit von Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf ebenfalls, wie vorgesehen, einzubringen und erst in der nächsten Sitzung abschließend zu beraten.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss alle Anträge zur Änderung der Tagesordnung einstimmig.

Punkt 3 der Tagesordnung**Eingänge und Mitteilungen****Punkt 3.1 der Tagesordnung****Eingänge**

Herr Treutler berichtete über das Anschreiben des Oberbürgermeisters an die Vorsitzenden der Fachausschüsse, in dem der Oberbürgermeister um die Benennung einer Vertreterin oder eines Vertreters für die Lenkungsgruppe „MünsterZukünfte 20130150“ bittet.

Gegen Herrn Kollmanns Vorschlag, eine/n Vertreter/in im Anschluss an die Sitzung gemeinsam mit den sozialpolitischen Sprecherinnen und Sprechern zu bestimmen, gab es keine Einwände.

Punkt 3.2 der Tagesordnung**Mitteilungen****Frau Arnkens-Homann**

3.2.1 informierte zur Flüchtlingssituation – **Anlage 1**

3.2.2 skizzierte die Interessenbekundung für das Projekt „Einwanderung gestalten NRW“ - **Anlage 2**

3.2.3 berichtete über die Mietsituation des MuM Mehrgenerationenhaus und Mütterzentrum Münster e.V. – **Anlage 3**

Frau Winkel erkundigte sich, ob es Fortschritte bei der Suche nach einem neuen Standort für das Frauenhaus des Trägers Frauenhaus und Beratung e.V. gäbe. Frau Arnkens-Homann bejahte dies.

Frau Arnkens-Homann

3.2.4 verwies auf die Informationen zum Münster-Pass, die als Tischvorlage ausgeteilt wurden. Herr Treutler ergänzte mündlich die Zahlen für Januar 2017.

3.2.5 berichtete über die soziale Wohnraumförderung im Jahr 2016. Herr Reiners erkundigte sich über die Aussichten für 2017. Da die Mitteilung vom Amt für Wohnungswesen und Quartiersentwicklung angefertigt wurde und keine Vertreterin/kein Vertreter bei der Sitzung zugegen war, wurde um die Ergänzung der Aussichten für 2017 im Protokoll gebeten – **Anlage 4**

**Punkt 4 der Tagesordnung
V/0025/2017****"was geht!"
Modellprojekt mit der Walter-Blüchert-Stiftung**

Die Vorlage wurde ohne Beschlussfassung geschoben. (s. Punkt 2 der Tagesordnung)

**Punkt 5 der Tagesordnung
V/0979/2016**

**Fortschreibung der Kleinräumigen Bevölkerungs-
prognose (KBP) für den Zeitraum 2015 - 2025:
Zentrale Ergebnisse**

Frau Ruten erläuterte die Vorlage anhand eines Power-Point-Vortrages und beantwortete im Anschluss die Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/1002/2016**

Sozialmonitoring, Konzept und Umsetzung

Herr Treutler erläuterte die Vorlage und stellte ausgewählte Karten an der Leinwand vor. Frau Arnkens-Homann und Herr Treutler beantworteten Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss einstimmig, die Vorlage als eingebracht zu betrachten und in der Sitzung am 08.03.2017 abschließend zu beraten. (s. Punkt 2 der Tagesordnung)

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0908/2016**

**Masterplan altengerechte, inklusive Quartiere zur
Versorgungssicherheit von Menschen mit Pflege-
und Unterstützungsbedarf**

Herr Treutler erläuterte die Vorlage und beantwortete Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss einstimmig, die Vorlage als eingebracht zu betrachten und in der Sitzung am 08.03.2017 abschließend zu beraten. (s. Punkt 2 der Tagesordnung)

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/1029/2016**

**Entwicklungen und Herausforderungen im Bereich
der Wohnungslosenhilfe**

Herr Lembeck erläuterte die Vorlage und beantwortete Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung schloss sich dem Beschlussvorschlag der Vorlage einstimmig an und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat:

I. Sachentscheidung:

1. Die in der Begründung dargestellten aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen im Bereich der Wohnungslosenhilfe der Stadt Münster werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, Möglichkeiten und Instrumente zu erarbeiten, um die Angebote der Wohnungslosenhilfe der Stadt Münster so weiterzuentwickeln, dass die geschilderten Herausforderungen möglichst nachhaltig bewältigt werden können.
3. Um eine frühzeitige Einbeziehung der Gremien sicherzustellen, wird der interfraktionelle Arbeitskreis Wohnungslosigkeit gebildet, in dem die Lösungsansätze der Verwaltung vorgestellt, beraten, bei Bedarf ergänzt und zur Entscheidungsreife gebracht werden. Die

Verwaltung bereitet das Themenfeld als Grundlage für die Beratungen des Arbeitskreises einschließlich statistischer Daten umfassend auf.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat nach Vorberatung durch den Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung die Ergebnisse und Empfehlungen des Arbeitskreises möglichst bis zur Mitte des Jahres 2017 vorzulegen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass durch die o. g. Beschlussvorschläge unmittelbar keine Kosten und keine Folgekosten entstehen. Wenn im weiteren Verfahren dazu kostenwirksame Maßnahmen entwickelt werden, wird die Verwaltung in der Vorlage zu den Ergebnissen und Empfehlungen des Arbeitskreises die konkreten Kosten und Folgekosten sowie ggf. Vorschläge für deren Finanzierung darstellen.

Punkt 9 der Tagesordnung V/1052/2016	Handlungskonzept "Geflüchtete Menschen in Münster"
---	---

Frau Arnkens-Homann erläuterte die Vorlage und beantwortete Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss einstimmig, die Vorlage als eingebracht zu betrachten und in der Sitzung am 08.03.2017 abschließend zu beraten. (s. Punkt 2 der Tagesordnung)

Punkt 10 der Tagesordnung V/0995/2016	Personalbedarf für die Betreuung von Geflüchteten im Jobcenter der Stadt Münster
--	---

Die Vorlage hatte der Rat bereits am 14.12.2016 beschlossen.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage und den Beschluss des Rates zur Kenntnis.

Punkt 11 der Tagesordnung V/0998/2016	Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Job- centers der Stadt Münster 2017
--	---

Herr Bierstedt beantwortete die Fragen der Mitglieder.

Für die SPD-Fraktion erläuterte Herr Tafelski folgende Anträge:

- a) „Der ASSGVAF möge beschließen:
Ergänze I. Sachentscheidung:
Die Verwaltung wird beauftragt,
 1. Ein Monitoring zu entwerfen, durch welches die qualitative Wirksamkeit der Maßnahmen des Jobcenters in nachvollziehbarer Weise dargestellt wird,
 2. Alternativen zum fa:z-Modell sowie die jeweiligen Vor- und Nachteile dazulegen.“
- b) „Der ASSGVAF möge beschließen:
Das Jobcenter der Stadt Münster soll Wege aufzeigen, wie vermieden werden kann, dass Kundinnen und Kunden zwischen Bezug von Transferleistungen und Arbeitsaufnahme einen Monat lang kein Geld zur Verfügung steht.“
- c) „Der ASSGVAF möge beschließen:

Das Jobcenter wird verpflichtet, dafür zu sorgen, dass in Zukunft Eingliederungsleistungen in kompletter Summe zugunsten der Kundinnen und Kunden des Jobcenters eingesetzt werden.“

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL schlug Herr Reiners vor, die Anträge nicht zu beschließen, sondern die Verwaltung zu beauftragen, zu den Fragestellungen der drei Anträge, Stellungnahmen abzugeben und dem ASSGVAf zur Sitzung am 08.03.2017 vorzulegen.

Frau Winkel beantragte für die SPD-Fraktion, über die Anträge abzustimmen.

Den Antrag der SPD-Fraktion zu a) lehnte der ASSGVAf mit 6 Fürstimmen (SPD, PIRATEN/ÖPD) und 12 Gegenstimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, CDU, FDP) ab.

Den Antrag der SPD-Fraktion zu b) lehnte der ASSGVAf mit 5 Fürstimmen (SPD), 12 Gegenstimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, CDU, FDP) und einer Enthaltung (PIRATEN/ÖPD) ab.

Den Antrag der SPD-Fraktion zu c) lehnte der ASSGVAf mit 5 Fürstimmen (SPD), 12 Gegenstimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, CDU, FDP) und einer Enthaltung (PIRATEN/ÖPD) ab.

Dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL schloss sich der ASSGVAf einstimmig an, bei 6 Enthaltungen (SPD, FDP).

Daraufhin ließ Herr Kollmann über die Vorlage abstimmen. Der ASSGVAf beschloss die Vorlage einstimmig und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat:

I. Sachentscheidung:

Zum Erreichen der vereinbarten Ziele und unter Beachtung der vom Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschlossenen Schwerpunktsetzung (Vorlage V/0858/2016) wird das anliegende Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenters der Stadt Münster für 2017 beschlossen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die zur Umsetzung des Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramms des Jobcenters der Stadt Münster 2017 erforderlichen Ressourcen sind im Haushaltsplanentwurf 2017 wie folgt veranschlagt:

Teilergebnisplan					
Produktgruppe	050 1	Grundsicherung für Arbeitsuchende			
		Bezeichnung	Haush. jahr	Betrag in €	Bemerkungen
Zeile im Ergebnisplan					
15		Transferaufwendungen	2017	10.529.000,00	
06		Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2017	10.529.000,00	

Darüber hinaus hat sich der Rat mit Beschluss vom 11.12.2013 (V/0622/2013) verpflichtet, im Falle einer Überschreitung der vom Bund finanzierten Eingliederungsleistungen bis zu 100.000,00 € überplanmäßig bereitzustellen.

**Punkt 12 der Tagesordnung
V/1123/2016**

Basisinformationen Jobcenter

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

**Punkt 13 der Tagesordnung
V/0770/2016**

Antrag der SPD-Fraktion an den Rat Nr. A-R/0029/2016 sowie Anregung nach § 24 GO NRW - Nr. 2016-00085 Suchtprävention stärken, Maßnahmen bei pathologischem Glücksspiel unterstützen, Einführung einer Wettbürosteuer im Stadtgebiet Münster prüfen.

Den Mitglieder lag eine Stellungnahme des Caritasverbandes für die Stadt Münster e.V. vom 16.01.2017 vor.

Frau Dr. Siemer-Eikermann erläuterte die Vorlage und beantwortete zusammen mit Herrn Dr. Schulze-Kalthoff Fragen der Mitglieder.

Für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen/GAL und die CDU-Fraktion erläuterte Frau Rietenberg den folgenden Antrag:

„Der HFA/Rat möge beschließen:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. ~~Die in der Begründung dargestellte Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.~~

Der ASSGVAF nimmt die Stellungnahme des Caritasverbandes vom 16.01.2017 (Anlage) zur Kenntnis.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Einführung einer Wettbürosteuer auf dem Gebiet der Stadt Münster zu prüfen, und dem Haupt- und Finanzausschuss bzw. dem Rat hierzu im Laufe des Jahres 2017 einen Beschlussvorschlag zu unterbreiten.“

Für die SPD-Fraktion begründete Frau Winkel den folgenden Antrag:

„Der ASSGVAF möge beschließen:

Ändere I. Sachentscheidung:

- 2.) Die Verwaltung wird beauftragt, die Einführung einer Wettbürosteuer auf dem Gebiet der Stadt Münster zu prüfen, und dem Haupt- und Finanzausschuss und dem Rat hierzu **bis zum 01.07.2017** einen Beschlussvorschlag zu unterbreiten.“

Innerhalb der folgenden Aussprache machte Herr Dr. Schulze-Kalthoff auf die laufenden Vertragsverhandlungen zwischen Caritasverband und Stadt aufmerksam. Herr Heinemann erklärte, mit der Bitte um Aufnahme in die Niederschrift, dass der Beschluss des ASSGVAF keine Auswirkung auf die Verhandlung haben solle.

Daraufhin beschloss der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung einstimmig:

I. Sachentscheidung:

1. Die in der Begründung dargestellte Stellungnahme der Verwaltung, sowie die des Caritasverbandes vom 16.01.2017 wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Einführung einer Wettbürosteuer auf dem Gebiet der Stadt Münster zu prüfen, und dem Haupt und Finanzausschuss bzw. dem Rat möglichst bis Mitte des Jahres 2017 einen Beschlussvorschlag zu unterbreiten.

Punkt 14 der Tagesordnung**Jahresprogramm 2017 des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung**

Die Mitglieder hatten keine Ergänzungen zum Jahresprogramm. Das Jahresprogramm ist als **Anlage 5** beigefügt.

Punkt 15 der Tagesordnung**Verschiedenes**

Herr Reiners erkundigte sich über Auswirkungen der Schließung der Westfalen-Tankstelle an der Von-Steuben-Straße. Frau Arnkens-Homann entgegnete, die Verwaltung werde die weitere Entwicklung, auch gemeinsam mit den Trägern der Wohnungslosenhilfe, beobachten.

gez.
Thomas Kollmann
Vorsitz

gez.
Daniela Stemmer
Schriftführung